

## Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rates

**Sitzungstermin:** Montag, 27.04.1998  
**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Brinkmann, Alwin

#### **SPD-Fraktion**

Abels, Hans  
Docter, Reinhard  
Everwien, Herta  
Grigull, Hans  
Grix, Helga  
Haase, Hans-Dieter  
Heinks, Jürjen  
Hoffmann, Inge  
Jahnke, Horst  
Janssen, Richard  
Jerems, Wilhelm  
Kleinschmidt, Heinrich Dr.  
Leeker, Wilhelm  
Mecklenburg, Rico  
Meyer, Elfriede  
Meyer, Lina  
Pauels, Karl-Gerhard  
Pohlmann, Marianne  
Scholl, Eiwin  
Slieter, Ihno  
Südhoff, Johann  
Tamminga, Jenny  
Woldmer, Richard

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Hegewald, Reinhard  
Hellmann, Uwe  
Hoffmann, Monika  
Janßen, Heinz Werner  
Kaune, Sieglinde  
Köhler, Nils  
Odinga, Hinrich  
Rosenboom, Benedikt  
Vollprecht, Werner

#### **FDP-Fraktion**

Beisser, Kurt-Dieter Dr.  
Bolinius, Erich

## **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Renken, Bernd  
Schmidt, Christine  
Strelow, Günter  
Züchner, Hermann

### **Öffentlicher Teil**

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Brinkmann** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratsitzung sind 40 Ratsmitglieder anwesend.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** teilt mit, die Vorlage 13/515 "Eckdatenbeschluss zum Haushaltsausgleich bis zum Haushaltsjahr 2002" sei vom Fachausschuß an die Fraktionen verwiesen worden und werde deshalb heute abgesetzt.

Ihm sei heute morgen eine gemeinsame Resolution der SPD- und CDU-Fraktion zugegangen, die einstimmig den VA passiert habe. Er schlage vor, die Tagesordnung um den TOP 3 a) "Resolution des Rates der Stadt Emden für den Erhalt des Ausbesserungswerkes Emden der Deutschen Bahn AG" zu erweitern.

Des weiteren habe Herr Klaus Terheyden darum gebeten, zu TOP 8 etwas sagen zu dürfen. Diese Möglichkeit sei lt. NGO gegeben.

**Herr Dr. Hinnendahl** ergänzt, gemäß § 43 a Abs. 1 NGO sowie § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates könne der Rat mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Ratsmitglieder beschließen, bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohner zum Gegenstand der Beratung zu hören. Die Redezeit sei auf 30 Minuten begrenzt.

**Herr Brinkmann** stellt fest, daß keine Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung erhoben werden. Der Rat ist einstimmig damit einverstanden, Herrn Terheyden zu TOP 8 zu Wort kommen zu lassen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1998

### **Beschluss:**

Die Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1998 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3a Resolution des Rates der Stadt Emden für den Erhalt des Ausbesserungswerkes Emden der Deutschen Bahn AG

**Herr Brinkmann** führt aus, den Ratsmitgliedern liege die von der SPD- und CDU-Fraktion eingereichte Resolution vor, die vom VA befürwortet worden sei.

**Herr Leeker** trägt vor, man habe mit Entsetzen gelesen, daß das Ausbesserungswerk Emden der Deutschen Bahn AG ersatzlos geschlossen werden solle. Daraufhin habe ihn die CDU-Fraktion angeschrieben, und seine Fraktion komme dem Wunsche nach, sich an dieser Resolution zu beteiligen. Heute morgen sei gemeinsam die Resolution verfaßt worden, und er bitte den Rat um Zustimmung.

**Herr Janßen** erklärt, man habe der Presse entnehmen müssen, daß die Arbeitsplätze bei der Deutschen Bahn AG gefährdet seien bzw. ganz gestrichen würden. Der Rat habe eine Verantwortung gegenüber diesen Beamten und Angestellten, so daß die CDU-Fraktion die anderen Fraktionen angeschrieben und darum gebeten habe, eine gemeinsame Resolution zu verfassen. Während die SPD-Fraktion reagiert habe, hätten die anderen Fraktionen sich nicht gemeldet.

Nach Meinung von **Herrn Bongartz** sei die Sache sehr ernst. Er habe sich mit dem Vorstand der Bahn AG in Verbindung gesetzt, der ihm bestätigt habe, daß die Immobilienverwaltung der Bahn AG versuche, das gesamte Gelände zu verkaufen, und in Verhandlungen mit der Stadt Emden stehe. Insofern sei es höchste Zeit, daß der Rat Stellung nehme. Die Kernfrage dabei sei, ob man die 60 Arbeitsplätze retten wolle oder das Gelände dazu diene, es anderweitig stadtplanerisch zu gestalten.

**Herr Bolinius** erklärt, seine Fraktion stimme der Resolution zu und sei natürlich auch dafür, daß die Arbeitsplätze erhalten blieben. Ein Anruf hätte genügt, um die Unterschrift seiner Fraktion einzuholen.

**Herr Janßen** entgegnet, auf das Schreiben vom 15.04.1998 habe er keine Antwort erhalten und daraus geschlossen, daß kein Interesse vorhanden sei.

**Herr Haase** führt aus, man sollte nicht über stadtplanerische Dinge reden, sondern es gehe darum, 60 Arbeitsplätze in Emden zu erhalten. Er würde empfehlen, auch die zuständigen Bundes- und Landtagsabgeordneten in die Gespräche einzubeziehen.

**Herr Brinkmann** gibt den Wortlaut der Resolution bekannt und läßt darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Annahme folgender Resolution:

"Der Rat der Stadt Emden hat mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, daß ein weiterer Betrieb der Deutschen Bahn AG aus Emden abgezogen werden soll. Mit dieser Entscheidung

- würden über 60 Arbeitsplätze unterschiedlicher Art aus Emden abgezogen, die bisher als krisensicher galten,
- würde ein weiterer Verlust bei Zulieferern mit einem nennenswerten Volumen an Beschäftigung und Umsatz entstehen,
- würde in einem Gebiet mit mehr als 15 % Arbeitslosigkeit die Krise auf dem Arbeitsmarkt noch vergrößert werden.

Der Rat der Stadt Emden verkennt keineswegs, daß die Deutsche Bahn AG im harten Wettbewerb auf dem Markt steht. Er erinnert aber daran, daß ein im Bundesbesitz befindliches Unternehmen auch Verantwortung für die Wirtschafts- und Erwerbsstruktur in den Randgebieten der Bundesrepublik hat, von deren Entfernungen es bei seiner Personen- und Frachtbeförderung in besonderer Weise profitiert.

Der Rat der Stadt Emden appelliert deshalb an die Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG und fordert den Oberstadtdirektor auf, Gespräche unter Beteiligung von Ratsvertretern sowie der zuständigen Bundes- und Landtagsabgeordneten zu führen mit dem Ziel, für alle Beteiligten vertretbare Lösungen zu finden."

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Prüfung der Jahresabschlüsse des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e. V. (RKsH)  
Vorlage: 13/507

**Beschluss:**

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden wird gem. § 119 Abs. 3 NGO beauftragt, die nach § 7 Abs. 6 des Vertrages über die teilweise Beauftragung zur Durchführung des Rettungsdienstes aufzustellenden Abschlüsse des RKsH zu prüfen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 5 Eckdatenbeschuß zum Haushaltsausgleich bis zum Haushaltsjahr 2002  
Vorlage: 13/515

**Ergebnis:** Dieser TOP wird abgesetzt.

TOP 6 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO  
Vorlage: 13/526

Herr Hemken erläutert die Vorlage.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1998 folgender außerplanmäßigen Ausgabe zu:

**Vermögenshaushalt - außerplanmäßig -**

3200-9661 Erschließungsmaßnahmen für die  
Erweiterung der Kunsthalle 250.000,00 DM

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 7      Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1998  
Vorlage: 13/525

Die Frage von **Herrn Dr. Beisser**, ob es sich bei den 16.677,63 DM um die Anschaffung eines Netzwerkes handele, wird von **Herr Dr. Hinnendahl** bejaht. Es sei aber auch Software angeschafft worden.

**Herr Dr. Beisser** erinnert an die Forderung seiner Fraktion, eine Leasing-Konzeption einzuführen.

Zu den beiden Positionen im Vermögenshaushalt hätte er gern gewußt, für welche Schulen die Möbel angeschafft worden seien.

**Herr Lieke** erwidert, es handele sich um die Beschaffung von Tischen und Stühlen für die Westburgschule sowie Stühlen für die Schule Wybelsum. Die Möbel seien jahrelang aus dem Fundus gestellt worden, der nunmehr erschöpft sei, so daß abgängige Möbel durch Neukauf ersetzt werden müßten.

**Frau Kaune** bittet um Erläuterung zur Übernahme anteiliger Kosten in einem Schadensfall.

**Herr Lieke** erklärt, auf der Kreuzung Westumgehung/Larrelter Straße sei es zu einem Zusammenstoß gekommen, weil die Ampel auf der bevorrechtigten Westumgehung ausgefallen sei, die auf der Larrelter Straße jedoch grün angezeigt habe.

Die Versicherung habe die Schäden beider Verkehrsteilnehmer reguliert, wolle jetzt aber die Gesamtsumme von 24.000 DM von der Stadt Emden erstattet haben. Diese habe den Rechtsstreit vor dem Landgericht verloren und sei auf Anraten der Juristen nicht in die Berufung gegangen. Der Kommunale Schadenausgleich übernehme die Hälfte der Kosten, so daß die Stadt noch 12.000 DM tragen müsse.

Auf die Frage von **Frau Schmidt-Reinders**, wer der externe Beratungsdienst sei, erklärt **Herr Hemken**, es handele sich um die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt).

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 8      24. Änderung des Flächennutzungsplanes Larrelt, Sondergebiet Einzelhandel - Feststellungsbeschluß (Stadium III)  
Vorlage: 13/106/2

**Herr Brinkmann** erteilt aufgrund des unter TOP 2 gefaßten einstimmigen Beschlusses Herrn Klaus Terheyden das Wort und weist darauf hin, daß eine Diskussion mit den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht stattfinde.

**Herr Terheyden** bedankt sich für die Gelegenheit, als Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes hier Stellung nehmen zu können. Er bekräftigt, daß der Einzelhandelsverband mit seinen Mitgliedern sich gegen das Einkaufszentrum ausspreche, und legt im einzelnen unter Bezugnahme auf die mit dem Oberbürgermeister getroffene Vereinbarung die Gründe für die ablehnende Haltung dar.

**Herr Röttgers** führt aus, da der Flächennutzungsplan unmittelbar mit dem Bebauungsplan verbunden sei, werde er das Thema in einer kurzen Einführung und im Vorgriff auf TOP 9 vorstellen.

Über das Einkaufszentrum in Larrelt werde seit gut einem Jahr ausführlich und kontrovers diskutiert. Die Ausgangssituation sei seinerzeit gewesen, daß gegen den hohen Kaufkraftabfluß aus Emden etwas unternommen werden sollte einmal in bezug auf die Innenstadtentwicklung, und hier habe es getrennte Diskussionen und Maßnahmen gegeben, aber auch durch die Ansiedlung eines Einkaufszentrums vor den Toren der Stadt an der Larrelder Straße, wofür konkrete Anträge vorlägen.

Die während des FNP- und Bebauungsplanverfahrens eingegangenen Bedenken hätten zur Verringerung der Verkaufsflächen geführt von 30.000 qm inkl. Baumarkt auf 23.000 qm, wobei eine bestimmte Freifläche für das Gartencenter nur zur Hälfte angerechnet werde. Bei dem eigentlichen Einkaufszentrum ohne Baumarkt reduziere sich die Fläche von 19.500 qm auf 16.000 qm, was insbesondere die innenstadtrelevanten Warenbereiche betreffe.

Während der öffentlichen Auslegung habe es vom Einzelhandelsverband, der IHK und den Nachbargemeinden weitere Bedenken gegeben, die letztlich aus dem vorherigen Verfahrensschritt wiederholt worden seien. Die wesentlichen Kernpunkte seien, daß das geplante Vorhaben unvereinbar sei mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung und sich gravierend auf die Versorgungsbereiche der umliegenden Gemeinden und der Innenstadt auswirke. Die Innenstadt würde ausgehöhlt und einzelne Existenzen gefährdet.

Die Antwort darauf laute, daß aufgrund des Gutachtens mit der festgelegten Größe und dem Branchenmix das Mittelzentrum Emden nicht überfrachtet werde, so daß die Versorgungsstruktur und auch die Kaufkraftumverteilung aus der Innenstadt nicht wesentlich beeinträchtigt würden. Eine weitere Verringerung der Verkaufsflächen würde die Investition in Frage stellen.

Wenn der Rat heute den Feststellungsbeschluß für den FNP sowie den Satzungsbeschluß für den Bebauungsplan fasse, dann könne nach der Genehmigung durch die Bezirksregierung und der öffentlichen Bekanntmachung eine Baugenehmigung erteilt werden.

**Herr Leeker** führt aus, die Diskussion über dieses Ansiedlungsvorhaben habe länger gedauert als jede Diskussion über Vorhaben, die in dieser Stadt geplant gewesen seien. Man sei eigentlich froh, daß heute eine Entscheidung getroffen werde, wobei seine Fraktion an der bisherigen festhalte.

Die SPD sei der Meinung, daß beide Gebiete, die Innenstadt wie auch die Ansiedlung auf dem Polder, zusammengehörten, wenn man einen attraktiven Einkaufsort Emden haben wolle. Man könne heute nicht mehr die Verhaltensweisen und Kaufgewohnheiten zurückdrehen, und alle Stadtverwaltungen, die wie hier in Emden das Thema zögerlich behandelten, hätten irgendwann ihren Widerstand aufgegeben, wenn sie nicht ins Abseits geraten und ihre Zentralität aufs Spiel setzen wollten.

Seine Fraktion habe in den Haushaltsberatungen auch den Positionen zugestimmt, die der Stärkung der Innenstadt diene, wie z.B. Errichtung eines Parkhauses, Überdachung Zwischen beiden Sielen und Erweiterung der Kunsthalle, und sie sei auch der Meinung, daß man, nachdem ein besonderes Vorhaben offensichtlich nicht realisiert werde, das Junktim wieder herstellen sollte, wozu sich die Firma Lohmann bereit erklärt habe, die Entwicklung des Schlachthofgeländes zu verbinden mit der Ansiedlung auf dem Polder. Damit habe man alles getan, um kundzutun, daß man es ernst meine mit beiden Projekten.

Die Stadt Emden verkaufe an zwei Unternehmen ein Gewerbegebiet zum marktüblichen Preis. Alle Behauptungen, es würden Subventionen gezahlt, stimmten nicht; darüber sei in den Ausschüssen diskutiert worden. Er denke, daß ein Preis von 50,00 DM/qm schon relativ hoch sei. Man könne bei der HLG nicht von einem unseriösen Unternehmen sprechen, sondern die Erkundigungen, die man eingezogen habe, liefen darauf hinaus, daß alle in besonderer Weise zufrieden seien.

Mit diesem Verkauf gebe die Stadt einem Unternehmen eine Chance, was mit Sicherheit den umliegenden Gemeinden nicht gefalle, weil diese daran interessiert seien, vor allem Leer, daß der Kaufkraftabfluß weiterhin zu ihren Gunsten statffinde und es nicht gelinge, einen wesentlichen Teil nach Emden zurückzuholen.

Emden wolle ein Mittelzentrum sein und verhalte sich in allen Bereichen so, d.h. man stelle Schulen, Kultureinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung, die auch finanziert werden müßten. Dies sei nicht möglich, wenn man nicht die Mittel bereitstellen könne, die dafür erforderlich seien.

Es habe ein Bürgerbegehren gegeben mit dem Ziel, einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Er habe Respekt vor den Leuten, die das organisiert hätten, aber die Zahl der gültigen Unterschriften habe nicht ausgereicht. Seine Fraktion habe diese Möglichkeit der Demokratie im Landtag verabschiedet, er sei allerdings der Meinung, daß jedermann sich an die Spielregeln halten müsse. Mancher, der dort unterschrieben habe, habe sich anschließend darüber beklagt, daß er sehr stark bedrängt worden sei. Manche hätten gesagt, daß sie diese Unterschrift bei einem weiteren Schritt nicht noch einmal wiederholen und sich nicht dagegen aussprechen würden.

Seiner Meinung nach könne man es nicht zulassen, daß dem Bürger die freie Verfügbarkeit über sein Geld beschnitten werde. In dem Moment, wo ein Angebotsmonopol bestehe, müßte man bei jeder künftigen Ansiedlung überprüfen, ob diese nicht schon vorhanden sei und ob die Investition gewünscht werde. In einer Zeit, wo die Bürokratie bekämpft werde, wo man verlange, daß es die Freiheit des Marktes und auch des europäischen Marktes gebe, sei es unverständlich, daß man hier nicht den freien Zutritt zum Markt ermögliche.

Er möchte darauf hinweisen, daß sich unter dem Dach solcher Unternehmen auch viele mittelständische Betriebe befänden. Wer sich in Leer und Oldenburg umsehe, werde feststellen, daß zahlreiche mittlere und kleine Unternehmen dort ihre Verkaufsstellen oder Werkstätten hätten. Man könne nicht sagen, daß es nur die Großbetriebe seien, die den Einzelhandel bedrängten, sondern das sinkende Volkseinkommen führe dazu, daß jeder bei seinen Ausgaben etwas mehr nachdenken müsse. Zum anderen seien 4,5 Billionen DM an Sparvermögen angesammelt worden, weil die Konsumfreudigkeit in einer Zeit, in der eine Horrormeldung die andere ablöse, relativ gering sei.

Er meine auch, daß eine Partei, die Marktwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben habe, nun nicht dieses Angebotsmonopol durchsetzen könne, und er denke auch, daß die ganzen Leerstände, die in Emden existierten, ein Ergebnis des Immobilienmarktes seien. Wenn z.B. ein Buchladen 25.000 DM pro Monat = 300.000 DM im Jahr an Pacht bezahlen müsse und ein Haushaltswarengeschäft nicht weitergeführt, sondern der Laden vermietet werde, dann zeuge das davon, daß es ein Verlangen nach höchstmöglicher Miete gebe mit den Folgen, die man jetzt erlebe. Er sei der Überzeugung, daß die Leerstände zu beseitigen seien, wenn man sich am Markt orientiere.

Die IHK habe in der Vergangenheit vorgetragen, daß sie das Einkaufszentrum für zu groß halte. Allerdings sei die IHK auch für das Gebiet Ostfriesland und Papenburg zuständig, während der Rat die Interessen der Stadt Emden vertrete, und das sei sicher ein Unterschied. Auf der anderen Seite habe die IHK die Behauptungen und Zahlen in den Gutachten aber nicht in Frage gestellt. Er möchte darauf hinweisen, daß diese Institute, die die Gutachten erstellten, als seriös angesehen würden. Eines sei im Besitz des Deutschen Einzelhandels.

Es werde davon gesprochen, daß Emden zu wenig für den Einzelhandel getan habe, daß es z.B. an Parkplätzen mangle. In einer Untersuchung sei festgestellt worden, daß die Zahl der Parkplätze ausreiche, daß nur wenige Plätze voll seien und daß für Kaufwillige immer Parkraum zur Verfügung stehe. Seine Fraktion sei weiterhin der Meinung, daß man das verstärken sollte, und unterstütze deshalb, wie schon gesagt, die Errichtung eines Parkhauses.

Die Leute führen aber nicht nach Leer oder Oldenburg, weil dort mehr Parkraum zur Verfügung stehe, sondern weil das Angebot dort mehr zusage. Es habe eine Abstimmung mit den Füßen stattgefunden, und das müsse man zur Kenntnis nehmen. Wenn man sich an bestimmten Tagen vor Großunternehmen des Einzelhandels ansehe, wie Bürger auf Einlaß warteten, dann habe man den Eindruck, daß der Bürger schon auf der Suche nach gutem und preiswertem Einkauf sei.

Es habe allerdings diese Klage in Emden schon einmal gegeben, als damals die Firma Hertie nach Emden gekommen sei. Es gebe auch keinen Magneten in der Innenstadt, was heute sehr beklagt werde, während damals die Ansiedlung eines Textilunternehmens bekämpft worden sei. Die Behauptung, daß die Innenstadt veröde, sei bisher ohne Beweis, es sei denn im Osten, wo die Innenstädte menschenunfreundlich aufgebaut seien. In anderen Städten mit Anlagen auf der grünen Wiese sei diese Behauptung nicht zutreffend.

Man könne nur wünschen, daß möglichst viele gute Unternehmen in dieser Stadt investierten, und alles tun, um das Umfeld bereitzustellen. Die Ansiedlung des VW-Werkes mit einer ungeheuren Lohnsumme biete die Möglichkeit, an der Zufahrt solch einen Markt zu eröffnen in der Hoffnung, daß ein Teil der Summe in Emden bleibe.

Alle seien damals sehr froh gewesen, als es gelungen sei, die FHO nach hier zu holen, und man habe sich vorgestellt, daß mehr als 150 Hochschullehrer nach Emden kämen mit einer entsprechenden Gehaltssumme, die u.a. für den gehobenen Bedarf ausgegeben werden könne. Jetzt müsse man sich fragen, was daraus geworden sei, ob man genügend gute Geschäfte in Emden habe, die den Ansprüchen genügten. Das sei wohl kaum der Fall.

Man habe lesen können, daß, wenn die Stadt Emden die Fläche für das Einkaufszentrum zur Verfügung stelle, in Leer ebenfalls eine weitere Fläche bereitgestellt werde. Er sei der Überzeugung, daß der Wettlauf zwischen den Kreisstädten, den Mittelzentren und den Zentren überhaupt ständig im Gange sei. Man müsse zu einer Entscheidung kommen, und diese habe man sich sehr schwer gemacht.

Niemand könne sagen, daß man nicht ausreichend viel an Informationen eingeholt, diskutiert und andere Verkaufsstandorte besucht habe. Man habe den Kompromiß mitgetragen, den Herr Terheyden genannt habe, und in unzähligen Gesprächen mit Fachleuten diskutiert, was machbar sei. Die Argumente der anderen Ratsparteien seien geprüft und umfangreich diskutiert worden. Man habe sich vor allen Dingen mit den Menschen in der Stadt unterhalten und sei der Meinung, daß eine Mehrheit der Bevölkerung diese Haltung mittrage und verlange.

Er denke, daß mit dieser Entscheidung sicherlich eine neue Phase in der Stadtentwicklung eingeleitet werde, daß alle Voraussetzungen und die Planungsgrundlagen real seien und in die Tat umgesetzt werden könnten. Er hoffe, daß man mit dieser Entscheidung dem Verkaufsstandort Emden auf die Beine helfe und an dessen Weiterentwicklung mitarbeite.

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, daß lt Geschäftsordnung die Redezeit jeweils 10 Minuten betrage, bei der Haushaltsdebatte 30 Minuten. Wenn er nicht unterbrochen habe, so habe das einen Grund. Man rede über einen Teil der Zukunft dieser Stadt. Was er einer Fraktion zubillige, stehe auch den anderen zu.

**Herr Bongartz** führt aus, nur wenige Dinge in der Emdener Kommunalpolitik in den letzten Jahren hätten die Gemüter so bewegt wie der Bau dieses Einkaufszentrums. Es sei auch noch nie vorgekommen, daß bei ähnlichen Projekten ein Bürgerbegehren initiiert worden sei.

Die Stadt Emden sei ein Mittelzentrum und nicht wie Oldenburg oder Münster ein Oberzentrum mit 150.000 Einwohnern. Dort gebe es noch das Umfeld, während Emden mit seinen 50.000



Einwohnern den Nachteil habe, kein Umfeld zu haben, sondern im Norden durch die See begrenzt zu sein. Insofern könne man sich nicht mit anderen Städten vergleichen.

Wenn hier ein Einkaufszentrum in der Größe von 23.000 qm entstehen solle, dann sei das so groß wie die gesamte Verkaufsfläche des Kernbereichs der Innenstadt. Bekanntlich sei es ein Riesenproblem, in der Innenstadt zu parken, und kostenlos sei das überhaupt nicht möglich. Alle, die sich in der Innenstadt niederlassen und ein Geschäft eröffnen wollten, hätten große Probleme, Parkplätze nachzuweisen, bzw. müßten hohe Ablösesummen bezahlen. Das sei ein gravierender Nachteil.

Dieses Einkaufszentrum wolle kaum jemand. Die IHK sei dagegen, der Einzelhandelsverband lehne es ab, die umliegenden Gemeinden lehnten es ab, ebenso der Seniorenbeirat. 4.000 Unterschriften seien zusammengekommen von Bürgern, die sich dagegen wehrten. Es habe aber nichts genützt. Die SPD sei mit ihrer Mehrheit nach wie vor dafür, das Einkaufszentrum zu bauen. 23.000 qm seien zuviel für Emden und er könne jetzt schon prophezeien, daß sich dies gravierend auf den Einzelhandel auswirken werde.

Er möchte daran erinnern, daß die SPD seinerzeit daran mitgewirkt habe, eine Veränderungssperre zu verhängen für das Gelände, auf dem die Firma Eilers ein Einkaufszentrum errichten wollte, zum Schutz des Schlachthofgeländes. Und jetzt tue man so, als sei es die natürlichste Sache der Welt, daß jemand sich frei entwickeln könne.

Er frage sich, was mit dem Westcenter, das sehr gut funktioniere, passiere, wenn einen Kilometer weiter ein riesengroßes Einkaufszentrum entstehe. Ebenso hätten die anderen Baumärkte und Einkaufszentren, die es in der Stadt gebe, dagegen anzukämpfen und gingen u.U. kaputt.

Man müsse auch die Beschäftigungslage im Einzelhandel im Kernbereich der Innenstadt berücksichtigen, wo viele Menschen arbeiteten und ausgebildet würden. In dem neuen Zentrum seien nicht annähernd so viele Menschen, die ausgebildet würden. Es bestehe hier ein krasses Mißverhältnis, und das wolle seine Fraktion nicht mittragen.

Wenn der Beschluß gefaßt werde, dann müsse man aber auch bedenken, daß der Investor des Einkaufszentrums das Schlachthofgelände, ein Filetstück in der Innenstadt, mitkaufe, um dieses ebenfalls zu bebauen. Es könne allerdings auch passieren, daß das Junktim nicht mehr gelte, weil der Kunsthalle ein Teil der Fläche zur Verfügung gestellt werde und nur eine beschränkte Bebauung möglich sei.

Die CDU-Fraktion sehe keinen Grund, von den Argumenten, die sie von Anfang an gehabt habe, abzugehen und anders zu entscheiden. Sie lehne nach wie vor das Einkaufszentrum ab, das für diese Stadt überdimensioniert sei. Die Folgen für den Einzelhandel seien so gravierend, daß man das keinesfalls zulassen könne.

**Frau Schmidt-Reinders** führt aus:

"Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt die zur Realisierung des Einkaufszentrums im Larrelter Polder notwendigen Änderungen im Flächennutzungsplan und im Bebauungsplan D 6 ab. An dieser Stelle möchten wir noch einmal eindringlich auf die Argumente gegen das geplante Einkaufszentrum aufmerksam machen.

Bereits heute stehen in Emdens Innenstadt 9 Geschäftsverkaufsflächen leer, und es ist nur allzu verständlich, daß in der momentanen Situation schwindender Kaufkraft und mit der Aussicht auf übermächtige Konkurrenz vor den Toren der Stadt kein Kaufmann das Wagnis einer Neueröffnung riskiert. Für eine Stadt wie Emden, die ja auch touristisch attraktiv sein möchte, ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Gleichzeitig befinden sich in der Innenstadt nach wie vor ungenutzte Flächen wie das ZVK-Gelände, und es war der Gutachter, der auf unsere Frage hin bestätigte, daß die Wahrscheinlichkeit, einen Investor für dieses Gelände zu finden, nach Fertigstellung des Einkaufszentrums gen Null läuft. Jetzt glauben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Sie könnten diesem Problem und den Ängsten der Kaufleute mit dem Bau eines Parkhauses begegnen. Bis dieses jedoch realisiert sein wird, sind in der Innenstadt so viele Geschäfte geschlossen, daß davon wohl nur noch ausschließlich die Kunsthalle profitiert, die ja auch der eigentliche Grund dieses Baues ist.

Wenn wir tolerieren, daß das Angebot in der Innenstadt zunehmend dünner wird, akzeptieren wir, daß älteren Menschen die Möglichkeit des wohnungsnahen Einkaufes genommen wird, daß die Innenstadt ihre Funktion als Treffpunkt der Menschen verliert, und fördern nachhaltig nur den Einkaufstourismus.

Immer wieder wird als Argument die Schaffung von Arbeitsplätzen ins Feld geführt. Aber was bringt so ein Einkaufscenter für die Arbeitsmarktsituation. Langfristige Angestelltenverträge in den Geschäften der Innenstadt wandeln sich um zu 620,00 DM Jobs auf der grünen Wiese. Dies kann und darf nicht unser Ziel sein.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind auch nicht die einzigen, die diese negativen Erwartungen an das Einkaufszentrum haben. Immerhin gab es 4.000 Unterschriften in der Bevölkerung dagegen. Die IHK und der Einzelhandelsverband haben sich trotz der Verkleinerung der Verkaufsfläche und der Reduzierung des Sortiments gegen das Projekt ausgesprochen, und auch angrenzende Gemeinden befürchten schwere Folgen für die Struktur ihres Einzelhandels. Leider ist das Bürgerbegehren an Formalien und unser Versuch einer Bürgerbefragung an den Mehrheiten im Rat gescheitert. Und auch heute haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Möglichkeit, dieses Projekt entgegen aller Befürchtungen der von mir genannten Institutionen und Gremien und trotz der schlechten Erfahrungen aus anderen Städten zu befürworten.

Verstehen Sie uns nicht falsch, auch wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten bessere und attraktivere Einkaufsmöglichkeiten für die Bürger dieser Stadt und ihre Besucher. Für uns ist dies erreichbar über eine konsequente Förderung der Innenstadt wie z.B. in der Umsetzung einer geschlossenen Fußgängerzone, eines Pkw-freien Neuen Marktes und einer besseren Busanbindung an unsere angrenzenden Gemeinden. Vielleicht gelingt es uns dann auch, einen Publikumsmagneten wie C & A oder ähnliches in unsere Innenstadt zu bekommen und damit mehr Kaufkraft an unsere Stadt zu binden.

Für unsere Fraktion steht der Nutzen des Projektes im Larrelter Polder in keiner Relation zu dem daraus entstehenden Schaden für unsere Stadt."

**Herr Bolinius** trägt namens der F.D.P.-Fraktion vor:

"In der uns jetzt vorliegenden Beschlußvorlage 13/105/2 geht es darum, den Bebauungsplan D 6 (Sondergebiet Einzelhandel) als Satzung zu beschließen. Es geht hier um das geplante Einkaufszentrum in Larrelt.

Die Standpunkte hierzu sind zwischen den Parteien bereits mehrfach und zum Teil kontrovers ausgetauscht worden. Auch der Standpunkt der F.D.P. ist bekannt. Dennoch möchte ich diesen - wenn auch in aller Kürze - noch einmal für meine Fraktion darlegen.

Obwohl unsere Position zum Einkaufszentrum von vornherein positiv war, wir leben schließlich in einer freien, sozialen Marktwirtschaft - und wir können in diesem Fall keine Schutzräume aufbauen -, haben wir uns intensiv damit auseinandergesetzt. In unzähligen Diskussionsrunden mit Vertretern des Einzelhandels und der Verbände haben wir das "Für und Wider" diskutiert. E-

benso fanden in den städtischen Gremien zahlreiche kontroverse Diskussionen statt. In den letzten Tagen, nachdem intensiv von der IHK und von anderen Seiten versucht wurde, Druck auf unsere Entscheidung auszuüben, haben wir unseren Standpunkt noch einmal kritisch überprüft. Wir sind jedoch zu keinem anderen Ergebnis gekommen.

Ich möchte hier noch einmal in Erinnerung rufen, daß auf unseren Antrag hin von der Verwaltung ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Das Ergebnis ist bekannt.

Bei der ersten geplanten Verkaufsfläche von rund 19.500 qm wurde eine Kaufkraftminderung in der Innenstadt von rd. 5 % prognostiziert. Inzwischen wurde die Nettoverkaufsfläche auf 16.000 qm reduziert. Diese Reduzierung bezieht sich insbesondere auf die innenstadtrelevanten Warenbereiche Bekleidung, Heim- und Haustextilien und Schuhe. Damit entsteht ein Branchenmix, mit dem wir zufrieden sind. Durch die Reduzierung der Verkaufsfläche und den geänderten Branchenmix wird der Kaufkraftverlust in der Innenstadt weiter reduziert.

Insbesondere aber war und ist für unsere Zustimmung maßgebend, daß die Kaufkraftkennziffer in Emden von knapp über 1 - insbesondere zu der Stadt Leer mit 1,7 - so schlecht ist. Wenn wir diese Kennziffer verbessern wollen, dann muß gegengesteuert werden. Allerdings nicht nur mit dem Bau eines Einkaufszentrums, sondern es sind verschiedene Maßnahmen durchzuführen. Beispielhaft seien hier neben der Steigerung der Attraktivität der Innenstadt genannt: Förderung des Tourismus (bei der Gelegenheit frage ich mich, wann der Arbeitskreis, der bei der Verabschiedung des Tourismus-Papiers im zuständigen Ausschuß am 13.05.1997 beschlossen wurde, endlich tagt), Rückbau der Busspur.

Die Kaufmannschaft ist von vornherein gegen dieses Einkaufszentrum Sturm gelaufen. Das ist legitim. Das initiierte Bürgerbegehren wurde zurückgezogen, nachdem man zusammen mit dem Oberbürgermeister ein Papier unterschrieben hatte. Dieses Papier, das die Kaufmannschaft mit dem derzeitigen ehrenamtlichen Oberbürgermeister am 29.10.1997 unterschrieben hat, hat rechtlich absolut keinen Wert. Die in dem Protokoll u.a. aufgeführten Punkte

- > Bau eines Parkhauses
- > Bebauung des ZVK-Geländes
- > Verbindung der Fußgängerzonen (Lilienstraße, Norderstraße, Lookvenne, Bismarckstraße, Pottgießerstraße und Verbesserung des Katerganges, Aufwertung der Fußgängerzone "Zwischen beiden Sielen),

die in den nächsten Jahren realisiert werden sollen, sind von der F.D.P.-Fraktion seit Jahren in den Haushaltsberatungen eingebracht und von der SPD-Fraktion regelmäßig als nicht machbar abgelehnt worden. Wir freuen uns natürlich, daß hier eine Änderung eingetreten ist.

Bei der geplanten Überdachung der Straße "Zwischen beiden Sielen" sind wir inzwischen jedoch skeptischer geworden, nicht nur wegen der Höhe der Kosten. Der OB hat im Alleingang seinerzeit - ohne Abstimmung mit VA oder Rat - in seinem Dienstzimmer zusammen mit dem Vorsitzenden des Einzelhandelsverbandes Ostfriesland, Klaus Terheyden, und dem Vorsitzenden des Schaufensters Emden, Helmut Müller, dieses Protokoll unterschrieben, wo diese und andere Maßnahmen vereinbart wurden, wenn es zu keinem Bürgerentscheid kommen sollte.

Mit diesem Papier sollte dem Bürger suggeriert werden, daß der OB Brinkmann alleine die Richtung und die Umsetzung der städtischen Politik bestimmt. Die Art und Weise, wie der OB damals gehandelt hat, haben wir mehrfach kritisiert. Das war Wahlkampf. Alwin Brinkmann war zu dem Zeitpunkt - und er ist es bis zum 1. September noch - nur Vorsitzender des Rates, daran - wenn er Konsens in der Stadt erreichen will - sollte er sich erinnern. Alleinherrscher konnte Emden gestern und kann Emden heute und auch zukünftig nicht gebrauchen.

Ich will bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen, daß im städtischen Haushalt für alle **Infrastrukturmaßnahmen in der Innenstadt** im Jahre 1998 nur 500 TDM eingeplant sind. **Für 1999 ist kein Betrag ausgewiesen.** Wir meinen, daß mit diesem Betrag die Punkte, die der OB seinerzeit als politische Willenserklärung unterschrieben hat, nicht realisiert werden können. Wenn diese doch umgesetzt werden sollen, und wir sind im Grundsatz dafür, dann muß auch aus diesem Grund ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden.

Auf die anschließenden Turbulenzen, die diese Vereinbarung ausgelöst haben, möchte ich nicht mehr eingehen. Sie waren mehr als beschämend!

Der von den Grünen im März dieses Jahres eingebrachte Antrag auf die Durchführung einer Bürgerbefragung ist leider von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Hier hat man unseres Erachtens eine große Chance zu mehr Bürgerfreundlichkeit und zur Gegensteuerung der allgemeinen Politikverdrossenheit vergeben. Wir sind sicher, daß die Bürgerinnen und Bürger Emdens sich mehrheitlich für dieses Einkaufszentrum ausgesprochen hätten, profitieren sie doch als Kunden davon. Die im Wirtschaftsleben bekannten Sätze: "Angebot und Nachfrage bestimmen die Preise" und "Konkurrenz belebt das Geschäft" gelten auch hier.

Also noch einmal: Die F.D.P.-Fraktion ist für das Einkaufszentrum in Larrelt, sie fordert jedoch gleichzeitig, die Innenstadt attraktiver zu gestalten.

Die besorgniserregende Anzahl von Geschäftsschließungen der letzten Zeit sind unseres Erachtens nicht auf das geplante Einkaufszentrum zu beziehen, sondern sind sicherlich auch auf die Höhe der Mieten zurückzuführen, aber vielmehr Ausdruck mangelnder Attraktivität des Angebots. Zusammen mit der erhöhten Individualmobilität der Bevölkerung ergab dies in der Vergangenheit eine Kaufkraftabwanderung zu den Oberzentren. Wir hegen die begründete Hoffnung, daß durch das Einkaufszentrum die Kaufkraftabwanderung nicht nur gestoppt wird, sondern es durch die Erhöhung der Gesamtattraktivität Emdens zu einer Kaufkraftzuwanderung kommt.

**Die F.D.P.-Fraktion ist überzeugt, daß unsere Stadt von diesem Einkaufszentrum langfristig profitieren wird.**

**Wir stimmen dem Beschlußvorschlag der Verwaltung daher zu.**

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen (Rauchpause).

Nach einer anschließenden Diskussion, in der die **Herren Hellmann, Jahnke, Bongartz, Janßen, Leeker, Renken** und **Haase** ihre Position vertreten bzw. noch einmal bekräftigen, läßt **Herr Brinkmann** über die Vorlage abstimmen.

#### **Beschluss:**

Die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes und der zugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

TOP 9      Bebauungsplan D 6, 1. Änderung, II. Abschnitt Larrelt, Sondergebiet Einzelhandel  
- Satzungsbeschluss (Stadium III)  
Vorlage: 13/105/2

**Beschluss:**

Die in der Anlage zu dieser Vorlage unter 5a) aufgeführten, von der Gemeinde Krummhörn vorgebrachten Bedenken werden berücksichtigt. Alle weiteren in der Anlage zu dieser Vorlage aufgeführten Bedenken werden nicht berücksichtigt.

Die Bebauungsplanänderung nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

TOP 10      1. Änderung des Bebauungsplanes D 6, II. Abschnitt (Gewerbegebiet Kaiser-Wilhelm-Polder)  
Vorlage: 13/168/2

**Herr Röttgers** erläutert, bei dieser Änderung gehe es ausschließlich darum, eine zusätzliche Anbindung für das Gewerbegebiet mit dem Einkaufszentrum an der Niedersachsenstraße herzustellen.

**Beschluss:**

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes D 6, II. Abschnitt nebst Begründung wird gem. § 10 BauGB (in der Neufassung vom 27.08.1997) als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 11      mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 12      Mitteilungen des Oberstadtdirektors

K e i n e

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.00 Uhr.